

Wolfsvoelle

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,50 Zloty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteurs

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zl. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zl., Anzeigen unter Text 0,60 Zl., von ausserhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Ein Kabinett Herriot in Paris?

Stawiski-Skandal stürzt Chautemps. Festhalten am Linkskurs. Schwierige Regierungsbildung

Der Stawiski-Skandal hat doch die Regierung Chautemps als Opfer gefordert. Um einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu entgehen, ist der Justizminister Raynaldi zurückgetreten, worauf sich nach einem Ministerrat das Gesamtkabinett zur Demission stellte, die vom Staatspräsidenten genehmigt wurde. Während des ganzen Sonntags hielt der Staatspräsident politische Besprechungen mit den Führern der parlamentarischen Gruppen ab, wobei seitens der Linken einmütig zum Aus-

druck kam, dass am Linkskurs festgehalten wird, die Radikalsozialisten die Kabinettsbildung übernehmen müssen. Man fordert gründliche Bereinigung des ganzen politischen Lebens, eine starke Regierung, die auch das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben soll. Man nimmt an, dass mit der Regierungsbildung entweder Daladier oder Herriot beauftragt werden, Herriot wird in der kommenden Regierung das Ausserministerium und wahrscheinlich auch Kabinettschef sein.

Verfassungsreform u. Nichtangriffspakt

Der 26. Januar 1934 wird in der Geschichte der polnischen Republik eine besondere historische Bedeutung haben. Man kann nicht wissen, ob nicht alle Vorbereitungen hinter den Kulissen so getroffen wurden, dass zwei so bedeutsame Ereignisse sich am gleichen Tage vollzogen. Die Paraphierung des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Polen und die Annahme der Verfassungsänderung durch eine Zweidrittelmehrheit des Regierungsblocks, die eine einschneidende Bedeutung für unser kommendes politisches Leben haben werden. Bleiben wir zunächst beim Nichtangriffspakt, dessen internationale Auswirkung erst abgewartet werden muss. Zu normalen Zeiten abgeschlossen, würde der deutsch-polnische Nichtangriffspakt ein Friedensinstrument werden, der nicht nur für zehn Jahre, sondern ganz bestimmt für unbeschränkte Dauer, die polnisch-deutschen Beziehungen bereinigen und zu einem einträglichem Zusammenleben führen würde. In diesem Augenblick grösster aussenpolitischer Wirrnisse abgeschlossen, ist er doch nur ein Akt deutscher Verzweiflung, um sich im Osten eine Atempause zu sichern, um im Westen eine grössere aussenpolitische Aktivität entwickeln zu können, die nicht zuletzt mit der Entscheidung in der Saarfrage und der Abrüstung im Zusammenhang stehen, nachdem Deutschland gezwungen werden soll, aus Genf zurückzukehren. Da der paraphierte deutsch-polnische Nichtangriffspakt zugleich auf den Kellogg-Pakt sich stützt, so muss er über den Völkerbund gehen, weil ja Polen selbst noch Mitglied des Völkerbundes ist. Die Hitlerregierung hat auf ihre früheren politischen Thesen verzichtet, die Vereinigung aller Deutschen in ein Reich und wenigstens für zehn Jahre auf jede Friedensvertragsrevision im Osten. Die vielen grossmäuligen Erklärungen der Hitlerführer haben durch den Nichtangriffspakt zu einer entscheidenden Niederlage in der deutschen Aussenpolitik geführt.

Deutsch-polnischer Verständigungspakt

Zehn Jahre Revisionsverzicht. — Verständigung durch direkte Fühlungnahme. — Zur Sicherung des Friedens.

Das offizielle Deutsche Nachrichtenbureau meldet: Der Reichsaussenminister und der polnische Gesandte haben am Freitag vormittag im Auswärtigen Amt eine Erklärung unterzeichnet, der zufolge zwischen Deutschland und Polen zur Festigung des Friedens in Europa und im Sinne des Kellogg-Paktes ein zehnjähriges Verständigungsabkommen geschlossen wird. Danach verpflichten sich beide Staaten, alle Fragen, welche auch immer, die zwischen ihnen auftreten können, in unmittelbarer Verständigung zu lösen.

Der Wortlaut des Paktes

Die vom Reichminister des Auswärtigen und vom polnischen Gesandten heute vormittag unterzeichnete Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen. Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, dass die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen diesen Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 (Kellogg-Pakt) enthaltenen Grundsätze zu stützen und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen. Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, dass die von ihr bisher und nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, dass diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschliesslich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einverständnisses eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahren zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für einen solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten. Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die grosse Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem ge-

rechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen. Beide Regierungen sind der Ueberzeugung, dass sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von zehn Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt mit doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934.

Für die deutsche Regierung: Freiherr von Neurath.

Für die polnische Regierung: Josef Lipski.

Drei Pfarrer wegen „Greuelpropaganda“ verurteilt

Bekanntlich wurden vor einiger Zeit die Geistlichen Muhler, Thaler und Sollacher aus München in „Schutzhaft“ genommen, weil sie „Greuelnachrichten“, sogar beim Abendessen im Pfarrhaus, erzählt und dann weitergegeben, mithin also gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März verstossen hatten. Nun fand dieser Tage vor dem Münchener Sondergericht die Verhandlung statt, bei welcher alle drei Angeklagten ihre nationale Gesinnung betonten, ausserdem der Hauptangeklagte Muhler sich damit verteidigte, dass er die Berichte, — es handelt sich um Geschehnisse aus dem Konzentrationslager Dachau — von Kommunisten erfahren und sie dann seinen Kollegen weitererzählt habe, weil er, trotzdem er sie nicht geglaubt habe, sich daraus die erbitterte Stimmung der Kommunisten sehr wohl hätte erklären können, er sei aber stets ein Feind der letzteren gewesen. Aber alle Argumente halfen nichts, die Geistlichen wurden verurteilt, Dr. Muhler zu vier Monaten, Kaplan Thaler zu drei Monaten und Katechet Sollacher zu fünf Monaten Gefängnis. Auch die Gerichtskosten haben die Angeklagten zu tragen.

15 Jahre Zuchthaus für Landesverrat

In Berlin wurde gegen einen Angestellten der Geheimen Staatspolizei Anklage wegen Landesverrats erhoben. Der Angeklagte wurde am 18. Januar verhaftet und das Material derartig schnell zusammengetragen, dass der Prozess bereits nach 8 Tagen stattfinden konnte. Der Staatsanwalt verlangte die Todesstrafe, das Gericht anerkannte auf 15 Jahre Zuchthaus. Es geht allerdings das Bestreben dahin, in Deutschland für versuchten Landesverrat die Todesstrafe einzuführen.

Wir möchten nicht missverstanden werden. Wir haben jede Revisionspolitik, die auf Abänderung der Grenzen zielte, abgelehnt, weil sie nur auf gewaltsamem Wege, also nur durch Krieg, zu bewerkstelligen war. Nun hat die Reichsregierung unter Führung Hitlers einen Nichtangriffspakt mit Polen abgeschlossen, der auf zehn Jahre jede „gewaltsame“ Abänderung der gegenseitigen Grenzen ablehnt, nachdem im nationalsozialistischen Programm ausdrücklich erklärt worden ist, dass das Dritte Reich alle Deutschen in einem Staat vereinigen wolle. Wie in so vielen anderen Versprechungen, hat auch hier die nationalsozialistische Regierung vor den Tatsachen weichen müssen und Erfüllungspolitik getrieben, wie alle anderen Regierungen vor dem Dritten Reich, nur haben sich die früheren Regierungen hierbei nicht so kompromittiert, wie es jetzt die Machthaber des Dritten Reichs tun. Wie gesagt, wir unterschätzen den Abschluss des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes absolut nicht, nur sehen wir bei der derzeitigen weltpolitischen Gestaltung nichts, was ihn im internationalen Leben zur Geltung bringen würde. Die künftige deutsche Aussenpolitik wird nicht in Berlin und Warschau, sondern in Paris—Berlin—London entschieden, und man muss abwarten, wie man dort auf diesen neuen Pakt reagieren wird. Bessern wird dies die deutsche aussenpolitische Situation nicht, und auf diese kommt es in der Gesamtgestaltung der Dinge an.

Die Verfassungsreform ist Tatsache geworden. Unter Umständen, die so garnicht mit der bisherigen Verfassung und ihren Vorschriften ins Einvernehmen zu bringen sind. Nachdem das Regierungslager Jahre und Monate immer neue Thesen aufgestellt hat, ist nun in den letzten Wochen die Reform mit Hochdruck betrieben worden. Während die Opposition noch wartete, dass man ihr diese Thesen im üblichen parlamentarischen Weg überreichen wird, hat sie am Donnerstag das Projekt erhalten, am Freitag nachmittag ist sie schon in allen drei Le-

sungen angenommen und zwar, während der grösste Teil der Abgeordneten der Opposition sich ausserhalb des Plenums des Sejms befand, nachdem sie zu den Thesen des Regierungslagers ihre Erklärungen abgegeben haben, dass sie unter besagten Umständen nicht an den Beratungen dieser Reform teilnehmen. Noch waren die Worte der Opposition nicht verhallt, als der Sejmarschall feststellte, dass zweidrittel der Abgeordneten anwesend sei und dass darum die Verfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen werden kann, was auch prompt geschehen ist. Von einer Ueberraschung kann schwerlich gesprochen werden, wohl aber von einer zielbewussten Politik des Regierungslagers, sich nicht weiter um die Wünsche der Opposition zu kümmern, sondern jene Voraussetzung zu schaffen, die einer Partei im Staat die vollkommene Herrschaft des Apparats ausliefert. Dieses Ziel war seit dem Maiumsturz bekannt, in ihrem Zeichen sind die Wahlen 1930 durchgeführt worden, die Verfassungsreform soll das Werk vollenden. Hier auch nur den Schein einer Verständigung zu erwecken, ist nutzlos, die Opposition ist geschlagen und machen wir uns keinerlei Illusionen darüber, sie wird auch aus dem öffentlichen politischen Leben ausgeschlossen, wenn die Verfassungsreform erst einmal in die Tat umgewandelt wird.

Eine Partei tritt in den Vordergrund, wie wir sie bisher in Italien, Deutschland und in einigen anderen Ländern mit Diktatur praktisch wirksam sahen. Die Totalität wird verwirklicht. Schon vor Wochen kreisten Gerüchte, dass bald nach der Verfassungsreform der Sejm nach seinen budgetären Arbeiten aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Diese neue Verfassung braucht „Volksvertreter“, die diesem System angepasst sind und da nach Meinung der heutigen Machthaber in Polen durch die jetzige Sejmmehrheit dieses Ziel noch nicht erreicht ist, so ist es selbstverständlich, dass man durch Neuwahlen auch dieses Werk vollenden wird. Darüber gibt es wohl keine Diskussion mehr, dass der neue Sejm offen auch das Gesicht des heutigen Systems tragen wird. Das, was wir als Volksvertretung zu bezeichnen pflegten, ist durch die Aenderung der bisherigen Verfassung in die Vergangenheit versunken. Betroffen werden alle Parteien, Opposition und solche, die mit dem Regierungslager liebäugelten. Der Kurs ist frei, alle Macht der Sanacja! Wer zweifelt daran, dass dieses Ziel unter den heutigen Verhältnissen nicht erreicht wird. Die Geschichte der polnischen Republik wird korrigiert. Die Anhänger des Systems behaupten, zum Fortschritt der Nation, wir sind gegenteiliger Ansicht!

Parteitag der P. P. S.

Der 23. ordentliche Parteitag der sozialistischen Partei Polens (PPS) wird vom 2. bis 4. Februar in Warschau im Saal Athenäum stattfinden. Aus der Tagesordnung heben wir folgende Punkte hervor: Die gegenwärtige Lage und die Kampfmethoden; das Agrarprogramm; Bildungs- und Verlagsfragen.

Im „Robotnik“ schreibt Niedziakowski über den Parteitag: „Das wichtigste Problem, das in der Parteitagung der PPS, die im Februar stattfindet, zur Erörterung steht, ist das Problem des Uebergangs zur Offensive. Die politische Situation in Polen lässt sich wie folgt charakterisieren: Das Sanacjalager beherrscht zur Zeit alle Zellen des öffentlich rechtlichen Lebens. Die öffentliche Meinung ist aber gegen das Sanacjalager. Die Sanacja vermochte nicht der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Ihr Vorhaben, die Klassenkampforganisationen zu zertrümmern und durch regierungstreue Verbände zu ersetzen, ist vollständig misslungen, ebenso die Absicht, die revolutionären Bauernverbände durch regierungstreue zu ersetzen.

Kontakt mit den Massen, geschweige den Einfluss auf diese zu gewinnen, verstand die Sanacja auch nicht.

Nationalsozialistische Propaganda in den Vereinigten Staaten

Die sich in den Vereinigten Staaten stark fühlbar machende deutsche nationalsozialistische Propaganda hat die Veranlassung dazu gegeben, dass sich die amerikanische Öffentlichkeit in erhöhtem Masse mit dieser Frage zu beschäftigen beginnt. Die Blätter berichten dieser Tage, dass die besondere Kommission, die vom Repräsentantenhaus mit der **Ausarbeitung** des Berichtes über den Stand dieser Propaganda beauftragt wurde, ihre Erhebungen abgeschlossen habe. Dessen zufolge bestehe die Aufgabe der deutschen Agenten in erster Linie darin, in der amerikanischen Öffentlichkeit **Stimmung gegen Frankreich zu machen**. Offenbar habe die deutsche Propaganda die Absicht, ihre Aktionen weiter zu verfolgen. Interessant sind die weiteren Ausführungen, worin festgestellt worden sei, dass sich die Vereinigten Staaten einer ähnlichen Lage nähern, wie sie während der Zeit vor dem unmittelbaren Eintritt Amerikas in den Weltkrieg bestanden hat. Damals war die deutsche Botschaft der Mittelpunkt einer grosszügigen Aktion, die das Land zu einem Eingreifen zugunsten der Deutschen vorbereiten sollte. Derzeit befinden sich die Vereinigten Staaten in einer nicht unähnlichen Situation. Die deutschen Agenten erblicken ihre Hauptaufgabe darin, in den Vereinigten Staaten Misstrauen gegen gewisse andere Mächte zu verbreiten, wobei in erster Linie die öffentliche Meinung gegen Frankreich aufgebracht werden soll.

Arbeiterwaffen beschlagnahmt

Auf Grund von vertraulichen Anzeigen, dass in verschiedenen Gebäuden der sozialdemokratischen Stadtgemeinde Schwechat bei Wien Waffen des aufgelösten republikanischen Schutzbundes lagern, wurden im städtischen Bad und anderen Wirtschaftsgebäuden durch die Sicherheitsbehörden von Niederösterreich Durchsuchungen vorgenommen, welche zur Beschlagnahme von 40 Maschinengewehren, 70 Gewehren, 200 bis 300 Handgranaten, davon 100 scharf geladen, 38 000 Schuss Infanteriemunition und sonstigem Material führten. Ausserdem wurden bei dieser Gelegenheit 30 Personen verhaftet, durchweg Gemeindeangestellte und Funktionäre des Schutzbundes.

Die Verfassungsreform angenommen

Der Weg zur Alleinherrschaft der Sanacja frei. — Ablehnung durch die Opposition. — Neuwahlen in Sicht.

Die bisher nur theoretisch diskutierte Verfassungsreform des Regierungslagers, ist durch eine Ueberraschung der Opposition Wirklichkeit geworden. Am Freitag wurden die „Thesen“ der neuen Verfassung im Sejmplenum durch den Abg. Car der „Volksvertretung“ bekannt gegeben, wonach die Reform der polnischen Verfassung schon seit Mai 1926 fällig war, aber infolge der Obstruktion der Opposition bisher verhindert worden sei. Abg. Car versucht die Verfassungsreform ins beste Licht zu stellen, um darzulegen, dass sie einem wirklichen Fortschritt entspreche und erst dem richtigen Willen des polnischen Volkes Ausdruck verleihe, welches durch die bisherige Parteiherrschaft betrogen worden sei. Selbstverständlich müsse das Volk politisch erzogen werden und darum die Verfassungsreform. Die Opposition lehnte einmütig in ihren Deklarationen diese Art Reform der Verfassung ab, da sie weder dem Willen des Volkes, noch den allgemeinen Grundrechten entspreche, auch das Verfahren nicht in Einklang mit der jetzigen Verfassung zu bringen ist.

Nach einer kurzen Pause erklärte der Sejmarschall, dass im Saale eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten vorhanden sei, dass also über das Projekt sofort in die Abstimmung eingetreten werden könne. Obgleich eine Reihe von Klubs, die es abgelehnt hatten, diese „Reform“ zu beraten, nicht im Plenum anwesend war, schritt man zur Abstimmung in zweiter und dritter Lesung, und da die Sanacjaabgeordneten die Mehrheit bildeten, erklärte der Sejmarschall, dass die Verfassungsreform als angenommen gilt. Zur Ueberraschung der Opposition, hat man sich über die bisherigen Bestimmungen der alten Verfassung hinweggesetzt, sodass eine Reform angenommen wurde, von der man annahm, dass sie noch Gegenstand politischer Auseinandersetzungen sein werde. Politische Kreise wollen wissen, dass nach Abschluss der Budgetberatungen der jetzige Sejm aufgelöst werde, der Staatspräsident Vollmachten zur Dekretierung eines Wahlgesetzes erhalte und dass mit Neuwahlen noch im Frühjahr dieses Jahres zu rechnen sei.

Der unbeliebte Macdonald

Der, von der nationalen Konzentration eingeleitete, Propagandafeldzug, in dem die Führer der drei Koalitionsparteien, Macdonald, Baldwin und Sir John Simon, sprechen werden, wurde am Dienstag durch Macdonald mit einer Rede in Leeds eröffnet. Die Ausführungen Macdonalds fanden bei den etwa 3000 Zuhörern eine recht gemischte Aufnahme. In den Beifall eines Teiles der Zuhörerschaft mischten sich von Anfang an feindselige Kundgebungen der Gegner, die sich wiederholt so sehr steigerten, dass die Worte des Redners in dem wilden Lärm untergingen. Wie vorige Woche in seinem eigenen Wahlkreis, so wurde Macdonald auch hier am heftigsten von den Frauen angegriffen, wobei ihn eine seiner Zuhörerinnen als das „Ungeheuer von Schottland“ bezeichnete.

Deutsche Emigranten-Siedlung in der Türkei

Die Ansiedlung einer grösseren Gruppe deutscher Emigranten in der Türkei, bildet augenblicklich den Gegenstand ernsthafter Verhandlungen.

Es handelt sich um die Ueberlassung eines grösseren Komplexes an der Küste Anatoliens, gegenüber der Insel Rhodus.

Das Gebiet, das nach den Ergebnissen der technischen Voruntersuchung, alle klimatischen und ökonomischen Voraussetzungen für eine Siedlung von Europäern besitzt, gehört dem Ex-Khediven von Aegypten, Abbas Hilmi.

Der ehemalige Herrscher Aegyptens, der an der Entwicklung der türkischen, Wirtschaft in hohem Masse interessiert ist, hat, weil er hofft, durch eine Masseneinwanderung von Europäern, der Türkei ein neues, wertvolles Bevölkerungselement zuzuführen.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

48

Grossmutter White wurde tot im Wagen von Foxwell gefunden. Sie war eine dicke, unbeholfene alte Frau, die nie etwas anderes tat, als Pfeife rauchen. Sie war die Mutter von Abby Foxwell. Und Frau Grant war tot. Ihr Mann sass neben ihrer Leiche. Sehr ruhig — ohne Tränen. Er sass da, hielt die Büchse über den Knien, und keiner störte ihn.

Unter Leitung meines Vaters arbeiteten alle so fleissig wie die Biber; die Männer hoben eine grosse Wehr mitten im Lager auf, wobei sie den Sand zu einem Wall aufwarfen. Hier hinein schleppten die Frauen unseren Proviant, Bettzeug und alles, was sie brauchten. Die Kinder halfen. Keiner jammerte, und alle waren ruhig. Es gab Arbeit zu verrichten, und wir waren alles Leute, die zur Arbeit geboren waren.

Die grosse Wehr war für Kinder und Frauen berechnet. Unter den Wagen, ganz im Kreise, war ein Schützengraben mit einer Brustwehr aus Sand gegraben. Dieser war für die Männer bestimmt.

Laban kehrte von einer Rekognoszierung zurück. Er meldete, dass die Indianer sich eine halbe Meile zurückgezogen hatten und jetzt berieten. Er hatte sie auch sechs der Ihren fortschleppen sehen, von denen drei tödlich verwundet waren.

Von Zeit zu Zeit sahen wir am Morgen des ersten

Tages Staubwolken aufsteigen. Sie zeigten an, dass grössere Scharen von Berittenen um uns waren. Die Staubwolken näherten sich, versperrten uns alle Wege. Aber wir sahen keine lebende Seele. Nur eine einzige Staubwolke bewegte sich von uns fort, unser Vieh, das von uns fortgetrieben wurde. Und vierzig grosse Wagen, die über die Felsenberge und über den halben Kontinent gerollten Wagen, standen jetzt hier in einem hilflosen Kreise, ohne die Ochsen ging es nicht weiter.

Am Nachmittag kam Laban von einer weiteren Rekognoszierung zurück. Er hatte eine neue Schar Indianer von Süden kommen sehen, was zeigte, dass wir umzingelt waren. Eben zu diesem Zeitpunkt sahen wir an zwanzig weisse Männer auf dem Gipfel einer niedrigen Anhöhe im Osten, wo sie haltmachten und auf uns herabsahen.

„Die Sache ist klar“, sagte Laban zu meinem Vater, „Die Indianer sind auf uns losgelassen.“

„Wie, es sind weisse wie wir?“ hörte ich Abby Foxwell zu meiner Mutter sagen. „Warum kommen sie denn nicht zu uns herüber?“

„Es sind keine Weissen“, sagte ich, wobei ich auf die Hand meiner Mutter achtete für den Fall, dass sie mir eine Ohrfeige geben wollte, „es sind nur Mormonen.“

Als es am Abend dunkel geworden war, schlichen sich drei unserer jungen Leute zum Lager hinaus. Ich sah sie fortgehen. Es waren Will Aden, Abel Milliken und Timothy Grant.

„Sie gehen nach Cedar City, um Hilfe zu holen“, sagte mein Vater zu Mutter, während er hastig einen Bissen Brot zum Abend ass.

„Aber es gibt doch gute und schlechte Mormonen...“, begann Vater.

„Nur, dass wir die Guten noch nicht gefunden haben“, unterbrach sie ihn.

Erst am Morgen hörte ich, dass Abel Milliken und Timothy Grant wiedergekommen waren. Das ganze Lager war infolge der von ihnen gebrachten Nachrichten niedergeschlagen. Die drei Leute waren nur wenige Meilen gegangen, als sie von Weissen angerufen wurden. Will Aden war im selben Augenblick, als sie erzählten, dass sie zu Kapitän Fanchers Karawane gehörten und nach Cedar City wollten, um Hilfe zu holen, niedergeschossen worden. Milliken und Grant entkamen, und was sie erzählten, machte jeder Hoffnung ein Ende. Die Weissen waren im Einverständnis mit den Indianern, und unser Schicksal war besiegelt.

Als unsere Männer an diesem Morgen hinausgingen, um Wasser zu holen, wurde auf sie geschossen. Die Quelle befand sich nur hundert Fuss ausserhalb des Kreises, aber der Weg wurde von den Indianern beherrscht, die jetzt auf dem kleinen Hügel im Osten lagen. Glücklicherweise waren sie keine guten Schützen, denn obwohl die Entfernung nur ein paar hundert Schritt betrug, kamen unsere Leute doch unbeschädigt mit dem Wasser wieder. Abgesehen von einzelnen Schüssen, die ins Lager trafen, verging der Morgen recht friedlich. Wir waren in der Deckung und fühlten uns ganz angenehm. Natürlich war es schlimm für die Familien, die einen Gefallenen zu beklagen hatten, und dazu musste man die Verwundeten pflegen.

(Fortsetzung folgt).

Polnisch-Schlesien

Im Schatten der Galgen...

Galgen, ein Wort, das einmal dem Bürger bei der Aussprache Gruseln bereitet, ist zum beliebten Schlagwort worden, wobei man nicht richtig weiss, ob der ehrliche Christ es noch mit Entsetzen oder Wohlbehagen ausspricht. Der Spiesser, der von einem Verbrechen hört, welches gegen die „geheilte“ Ordnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verübt worden ist, empfindet es als eine Selbstverständlichkeit, dass die Gesellschaft zu Standgerichten greift, um sich vor solchen und ähnlichen Verbrechen zu schützen. Der Staat greift gewiss nur als Abwehr zu dem Mittel der Standgerichte, gegen die sich gewiss ein allgemeiner Protest erhebt, weil ja niemand ganz sicher ist, ob er nicht eines schönen Tages vor einem solchen Gericht wird sich verantworten müssen und in den Schatten des Galgen gerät. Hier wird aus Liebe oder Hass ein Polizist erschossen, dort wieder greifen junge Burschen, die Jahre hindurch ohne Arbeit sind, zum Raub, schliesslich werden sie überrascht, und ein Mord ist bald begangen. Moral und Ordnung stehen nicht mehr hoch im Kurs, obgleich man das Christentum mit allen Mitteln propagiert und Kirchen auf Kirchen baut, um die bürgerliche Moral zu retten. Im Schatten des Galgen.

Es ist nicht ein Zufall, dass Verbrechen gerade in den Industriegegenden am häufigsten in Erscheinung treten. Und man soll sich einmal solche Prozesse anhören, wie es kam, dass dieser oder jener in den Schatten des Galgen geraten ist. Durchschnittlich gute christliche Erziehung, dann lange Arbeitslosigkeit, häufig sogar eifrige patriotische Betätigung und dann für weite Sicht keine frohe Zukunft. Was bleibt mehr zu verlieren, wenn alle Gottessprüche zur Illusion werden.

Jeder rette sich, wie er kann, und dann ein paar gute Freunde und der Weg des Verbrechens ist beschritten. Noch ein kleiner Abweg, und vor dem Standgericht findet man sich wieder. Nun, wer ein guter Christ ist, der kann sich ja mit der Tatsache abfinden, dass nichts geschieht, nach einem Bibelspruch, was nicht gottgewollt ist, und wenn es passiert, nun, so ist es eine Strafe zur Warnung kommender Verhältnisse. Wir Sozialisten sagen anders, dass die Verhältnisse die Menschen gestalten, und Verbrechen sind Erzeugnisse dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es liegt also an den Menschen selbst, sie umzugestalten, nicht auf ein anderes Jenseits zu warten, sondern zuzugreifen und an einer besseren Zukunft mitzuarbeiten.

Nun gibt es viele, die da meinen, alles war schon von jeher so und wird auch in Zukunft bleiben. Und doch wollen sie nicht sehen, dass es eine kurze Zeit gab, wo der Arbeiter mit zu bestimmen hatte, aber damals war alles zu wenig, man wollte mehr überschlug sich in Forderungen und verlor schliesslich zu ziemlich alles, bis er in den Schatten des Galgen geraten ist. Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung, die uns nach den christlichen Leitsprüchen bis ins Jenseits hinein erhalten werden soll. Der Galgen, als eine Einrichtung der Gesellschaft, bis man in den Himmel hinüberwechselt. Das sind die Aussichten, die die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung der Menschheit bietet. Und der Weg zur Sklaverei ist auch offen, wenn man sich nicht zur rechten Zeit besinnt und für eine neue Gesellschaftsordnung eintritt, die keine Galgen und keine Sklaven kennt, sondern Menschen, die Brot und Arbeit haben und nicht mehr zu Verbrechen neigen, weil ihre Bedarfsgüter befriedigt sind. Eine solche Gesellschaftsordnung ist nur im Sozialismus möglich, und deshalb stehen wir im Kampf mit der heutigen gottgewollten Weltordnung, um eine bessere Zukunft zu schaffen. Der Galgen als Abschreckmittel, ja das ist der Ausdruck der heutigen Zeit. Eine neue Gesellschaft mit Brot und Freiheit für alle, was Menschenantlitz trägt, das ist unser Ziel, und, es zu verwirklichen, unsere Aufgabe.

Dem Galgen entzogen

Vor dem Standgericht in Königshütte hatten sich die Arbeitslosen Tront, Kapica und Ittner wegen Raubmordes an Wladislaus Gritz aus Orzegow zu verantworten. Nach einer dramatischen Verhandlung wurden alle drei Täter schuldig gesprochen und zum Tod durch den Strang verurteilt. Bei Tront und Ittner wurde die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt, während Kapica gehängt werden sollte. Der Staatspräsident, an den man sich um Begnadigung gewendet hat, machte in diesem Falle von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch, und auch Kapica erhielt die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Wie aus dem Gang der Gerichtsverhandlung hervorging, sind die jungen Arbeitslosen infolge der wirtschaftlichen Notlage auf den Verbrecherweg geführt worden, da ihnen sonst ein guter Leumund vorausging.

Das Recht auf Arbeit?

Wie die Sanacja die Gleichberechtigung auffasst. — Bevorzugung der Partezugehörigen. — Die Erklärung des Wojewoden.

Dass einmal in einem so industriereichen Lande, wie es Polnisch-Oberschlesien ist, die Frage des Rechts auf eine Arbeitsstelle diskutiert werden wird, hat wohl kaum jemand als wahrscheinlich angenommen. Man hat zwar von einem solchen Kampf in Polen gehört, aber er betraf ausschliesslich jüdische Arbeiter, die normalerweise aus den Staats- und Kommunalbetrieben ausgeschlossen waren. Nachdem die Krise ihre verheerende Wirkung auf alle Industriezweige ausdehnt, der Arbeitsplatz ein heiss umstrittener Posten ist, gewinnt diese Frage auch für uns eine Bedeutung. Und nicht etwa nur bei den Angehörigen der deutschen Minderheit, sondern auch für alle anderen Arbeiter, die den Anschluss an das heut herrschende System, sagen wir einmal, verpasst haben. Denn viele, deutsche und polnische Arbeiter, haben sich inzwischen „umorientiert“, sind zur segensreichen „Federacja Pracy“ übergegangen, in der Meinung, dass sie dadurch ihren Arbeitsplatz retten werden. Als seitens der deutschen Minderheitsvertreter die Frage immer und immer wieder an massgebenden Stellen vorgebracht wurde, dass bei den geübten Entlassungen meistens der deutsche Arbeiter vom Arbeitsplatz verdrängt wird, hat man dies vielfach als eine nationale Agitation betrachtet und schliesslich darauf verwiesen, dass in erster Linie, in Polen, Polen Anspruch auf den Arbeitsplatz haben. Wer sich hierbei auf die Genfer Konvention stützte, der musste bald die Erfahrung machen, dass sie eben in der heutigen Zeit ein Stück wertloses Papier ist, weil es keine Möglichkeit gibt, Arbeit in dem Rahmen zu beschaffen, auf welche alle Anspruch haben. Von gegebenen Verhältnissen ausgehend, wird allgemein die Meinung vertreten, dass der Bürger dem Staat von der Wiege bis zum Grabe dient, in seinem Interesse Werte schafft und Steuern zahlt, sodass er darauf Anspruch erheben darf, dass auch andererseits der Staat auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit ausreichend für ihn Sorge. Und diese Verpflichtung fällt in erster Linie auf die, welche in aller Öffentlichkeit in den verschiedenen Formen angeben, die Träger dieses Staates zu sein und die volle Verantwortung dafür zu tragen.

Als vor einigen Wochen die Öffentlichkeit durch polnische Anträge darauf aufmerksam gemacht wurde, dass seitens der Wojewodschaft eine Verordnung herausgegeben wurde, wonach zum Beispiel Turnusurlauber als entlassene Arbeiter zu gelten haben und dass bei der Zuweisung von Arbeitsstellen einseitige Bevorzugungen geschahen, wurde man auf das ganze Problem der Arbeitsstelle aufmerksam. Man forderte die Rücknahme dieser Verordnung, erfuhr aber von massgebenden Stellen, dass dabei alles in Ordnung sei, dass die Behörden Turnusurlauber als Entlassungen ansehen. Inzwischen hat sich die Situation verschärft, auch die polnischen Parteien, von den Deutschen garnicht zu reden, klagen, dass ihre Angehörigen bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen, obgleich sie Verdienste um den polnischen Staat haben, verdrängt werden. Der Wojewode hat in seiner Budgetrede, die diesmal sogar auf Seiten der Opposition zum Teil viele „Bewunderer“ fand, hervorgehoben, dass bei allen Fragen die Gerechtigkeit entscheide und dass man einen gemeinsamen Weg allmählich zur Zusammenarbeit finde, dass sich die Zusammenarbeit langsam, aber ständig, anbahne. Er stellte auch den sogenannten „Silbersteifen“ wirtschaftlicher Besserung in Aussicht, und es ist begreiflich, dass man für einen solchen „Wirt“ Bewunderung haben kann. Die Arbeit des Wojewoden in allen Ehren, dass er energisch und schaffend ist, wurde ihm mehr, als einmal, nicht nur von seinen Freunden, sondern auch von Gegnern anerkannt, eine andere Frage ist, ob alle diese schöpferische Tatkraft zugunsten aller Bürger ausgeschlagen hat. Wir deutschen Sozialisten können

das nicht behaupten und auch dieser Arbeit keine Bewunderung zollen. Wir sind auch nicht der Meinung, dass der Chef der Gesamtverwaltung alles tut und nur die unteren Organe weniger taugen oder seine Arbeit sabotieren, wie dies neulich sogar im sozialistischen Zentralorgan zu lesen war. Denn, wer befiehlt, trägt auch die Verantwortung für seine unteren Organe, und taugen diese nichts, so sind die Schlussfolgerungen nach oben gegeben. Dieser Tatsache haben auch die sozialistischen Budgetredner Ausdruck verliehen.

Begreiflich, dass bei den Budgetbesprechungen im Plenum nicht allen Fragen bis ins einzelne Rechnung getragen werden kann. Darum benutzte auch Genosse Dr. Glücksman bei der Generaldebatte in der Budgetkommission das Wort, um gerade dem Problem des „Rechts der Arbeit“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Hierbei betonte er den sozialistischen Standpunkt, dass man über die politische Einstellung des Bürgers verschiedener Meinung sein kann, aber solange er dem Staat gegenüber seine Pflicht erfüllt, habe er das Recht auf gleichberechtigte Behandlung, wie sie ja auch in der Rede des Wojewoden zum Ausdruck kam. Es sei einfach unverständlich, dass bei der Verteilung oder Zuweisung von Arbeitsstellen nach parteipolitischen Gesichtspunkten verfahren werde, dass man von Einzustellenden bestimmte Legitimationen von Aufständischen Organisationen oder Strzelces fordert. Einer solchen Praxis müsse das Handwerk gelegt werden, wenn nicht in den Massen die Ueberzeugung aufkomme, dass sie zu Unrecht behandelt werden und daraus Folgerungen entstehen, die doch im Interesse der Allgemeinheit niemand wünschen kann. Und wenn jemand geglaubt hat, dass nun die Anhänger des Regierungslagers der These der Gleichberechtigung aller Arbeiter zustimmen werden, der erfuhr nun in aller Offenheit, was längst schon kein Geheimnis war. Als Sprecher der Sanacja brachte Abg. Witeczak klipp und klar zum Ausdruck, dass es für ihn eine Selbstverständlichkeit sei, dass, nachdem keine Möglichkeit bestehe, und auch in ferner Zukunft nicht, dass alle Arbeiter einen Arbeitsplatz zugewiesen erhalten, man bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen in erster Linie auf die Anhänger bedacht sei, die eben dem System dienen, denn der Staat könne doch diese Aufgaben nicht Leuten überantworten, die auf einem anderen politischen Schauplatz, vielleicht sogar gegen das herrschende System kämpfen.

Man muss Herrn Witeczak dankbar sein, dass er, der Sprecher des Regierungslagers, hier der Katze die Schelle umhängte. Der gleichberechtigte Bürger, der dem Staat gegenüber seine Pflicht erfüllt, ist nicht mehr gleichberechtigt bei der Zuteilung der Arbeitsstelle, wenn er eine andere politische Weltanschauung oder gar Gegner des heutigen Systems ist. Nun, jeder weiss, dass heute nicht sobald die Arbeitslosigkeit beseitigt wird. Aber er erfährt mit aller Klarheit, dass er nur dann auf die Arbeitsstelle Anspruch erheben kann, wenn er sich rechtzeitig politisch umgestellt hat. Auch die Arbeitsstätte wird nicht mehr eine wirtschaftliche Erwerbsquelle sein, sondern eine politische Stätte, deren Besetzung nach der herrschenden politischen Weltanschauung entschieden wird. Darum rückt auch die Frage des Kampfes um den Arbeitsplatz in ein neues Stadium, wenn sich auf die Dauer die Erklärung des Abgeordneten Witeczak durchsetzen sollte. Und die politischen Parteien werden nunmehr alle zum Thema „Kampf um den Arbeitsplatz“ Stellung nehmen müssen. Nicht die Qualität und die Bedürftigkeit entscheidet, sondern die politische Einstellung, und dann frage man sich, wie der Radikalismus bei den Massen an Boden gewinnt.

Die nächste Nummer des „Volkswille“

erscheint am Donnerstag, den 1. Februar. Wir müssen leider unseren Lesern die bedauerliche Mitteilung machen, dass der „Volkswille“, infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse, ab 1. Februar wieder zum Wochenblatt übergeht.

Der Abonnementspreis wird monatlich 1,00 Zł. betragen, die Einzelnummer 30 Groschen.

Wir müssen bessere Zeiten abwarten, um wieder zum Tageblatt übergehen zu können. Wir danken allen unseren Lesern für die bisherige Opferwilligkeit und hoffen, dass sie uns auch unter den neuen Bedingungen die Treue wahren werden. Tausende unserer Leser sind seit Jahren arbeitslos, andere befinden sich in Turnus, von dem sie wahrscheinlich nicht wieder auf ihre bisherige Arbeitsstätte zurückkehren werden.

Und doch gilt es, alles daran zu setzen, dem „Volkswille“ neue Leser zuzuführen, um der sozialistischen Bewegung das einzige deutsche Blatt im Kampf für den Marxismus zu erhalten. Das Schicksal des „Volkswille“ liegt in der Hand des sozialistischen Proletariats, dieses wollen wir erobern, von seinem Willen hängt die Zukunft ab. Gedenken wir dabei des alten Leitgedankens, der uns Jahrzehnte hindurch vorschwebte: Nicht betteln, nicht bitten, trotz Kerker und Joch, nur mutig gestritten, die Wahrheit siegt doch!

Gesuche um Namensänderungen

In der grossen Masse von Gesuchen an die polnischen Behörden um Bewilligung von Namensänderungen unterscheidet man drei Gruppen. Die meisten Gesuche werden von Trägern von Namen eingebracht, die sie dem Spott der Bevölkerung aussetzen. Solche Gesuche werden grundsätzlich genehmigt. Hingegen werden Gesuche von Personen um Aenderung deutscher Namen abgelehnt, da ein deutscher Name keine Grundlage zur Namensänderung im Sinne des Gesetzes darstellt. Eine dritte Kategorie von Gesuchen um Namensänderungen betrifft solche Namen, die gleichlautend mit den Namen bekannter Schwerverbrecher, Betrüger und anderer Schädlinge der menschlichen Gesellschaft sind. Solche Namensänderungen werden grundsätzlich genehmigt.

Die Preisherabsetzung für Zündhölzchen

Während der Diskussion über das Budget der Monopole, erklärte Minister Jastrzembski, dass mit den Vertretern des verpachteten Zündholzmonopols Verhandlungen über die Erzeugung einer billigen Art von Zündhölzern gepflogen werden, die schon demnächst in den Handel, und zwar zum Preis von 6 Groschen per Schachtel gelangen werden. Die Preisherabsetzung für die übrigen Arten von Zündhölzchen treffen auf den harten Widerstand der Vertreter des Zündholzmonopols.

Sidol der
Metallputz

Automatische Telefons vom 10. Februar

Herabsetzung der Gebühren.

Der Bau der automatischen Telephonzentralen in Polnisch-Oberschlesien, der vor Jahren begonnen wurde, steht vor dem Abschluss. Am 10. Februar l. J. werden die neuen automatischen Telephonzentralen in Katowice, Königshütte, Myslowice, Schoppinitz, Siemianowice, Nikolai, Tarnowitz usw. dem Betriebe übergeben. Für die Abonnenten dieser Zentralen wird ein neuer Telphontarif eingeführt, der ab 1. März l. J. gültig ist. Für einen Hauptanschluss wird eine einheitliche Gebühr von 15 Zl. monatlich eingeführt. Diese Gebühr setzt sich aus dem Abonnement im Betrage von 9 Zl. und der Gebühr von je 10 Groschen für 60 Kontingentsgespräche zusammen. Für jedes Gespräch, das der Abonnent mit anderen Abonnenten derselben Zentrale über das Kontingent von 60 Gesprächen monatlich führt sind 10 Groschen und für Gespräche im oberschlesischen Industriegebiet 20 Groschen zu entrichten. Die Gesprächszeit im Bereich der Telephonzentrale ist unbeschränkt. Gespräche mit den übrigen Städten Polnisch-Oberschlesiens bis zu 6 Minuten Dauer werden als eine Einheit betrachtet und jedes 3-Minutengespräch darüber als eine weitere Einheit. Um die Telphoninteressenten mit der Manipulation mit den neuen Apparaten bekannt zu machen, sind in den Postämtern Katowice und Königshütte Apparate aufgestellt, bei denen täglich von 8 Uhr früh angefangen alle notwendigen Informationen erteilt werden. Das Postministerium hat angeordnet, dass allen neuen Telephonabonnenten, die vom 10. Februar bis 10. Juni l. J. Telephonanschlüsse wünschen, die Installationsgebühren in der ersten Zone erlassen werden.

Aus Gross-Kattowitz

Neue Hilfsaktion für Arbeitslose? — Andrang auf Errichtung von Kiosken. — Die Anmeldepflicht zur Angestelltenversicherung.

Infolge der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit wird das städt. Hilfswerk von den Arbeitslosen und deren Familienangehörigen wieder stark in Anspruch genommen. Es gilt Mittel und Wege im ausreichenden Masse zur Anschaffung von Lebensmitteln, Beheizung und Bekleidung bereitzustellen. Im Auftrage des städtischen Arbeitslosenkommitees werden in bestimmten Zeitabständen in den Strassen von Kattowitz **Sammlungen von Kleidern** zugunsten der Erwerbslosen und deren Familienangehörigen, vorgenommen.

Tepoiche, Läufer Tepoich-Menzel Katowice Rvnek 2. **Gardinen**

Der Magistrat Kattowitz teilt mit, dass fortgesetzt **Gesuche um Aufstellung von Kiosken** und anderen Verkaufsständen einlaufen. Diese Antragsteller sind vorwiegend Kriegs- und Aufstandsinvaliden, deren Renten so gering sind, dass sie durch einen Nebenerwerb wenigstens einigermaßen ihr hartes Los erleichtern wollen. Der Magistrat nicht in der Lage, solchen Antragstellern zu helfen, weil die vorgeschriebene Anzahl von Kiosken bereits längst überschritten ist. Der Magistrat weist darauf hin, dass derartige Gesuche grundsätzlich abgewiesen werden.

Die schlesische Handelskammer gibt bekannt, dass nach den geltenden Bestimmungen zum **Angestelltenversicherungsgesetz** vom Arbeitgeber folgendes zu beachten ist: Die Angestelltenversicherungsanstalt ist fristgemäss bis zum 10. Tage des jeweils folgenden Kalendermonats von dem Aufhören der Versicherungspflicht des Angestellten zu benachrichtigen. Die Versicherungsanstalt ist ferner von allen Aenderungen, die im Laufe des verflossenen Kalendermonats (Dienst- und Familienverhältnisse) eintreten, in der vorschriftsmässigen Frist zu verständigen.

Aus Königshütte und Umgebung

Stillegung der Königshütter Waggonfabrik verschoben.

Wie bereits berichtet, befindet sich die Waggonfabrik der Königshütte als Folge der Wirtschaftskrise in einer sehr bedrängten Lage. Da staatliche Aufträge fast garnicht zur Vergebung kommen und die wenigen privaten nicht im geringsten ausreichen, um die noch über 100 Mann starke Belegschaft einigermaßen zu beschäftigen, hat sich die Verwaltung der Werkstätten entschlossen, nach Aufarbeitung der im Bau begriffenen vier breitspurigen Kleinbahnwagen den Betrieb stillzulegen. Die Anmeldung hierzu wurde beim Demo rechtzeitig getätigt. Nun fand in dieser Angelegenheit dieser Tage beim Demo in Kattowitz eine Verhandlung zwischen der Verwaltung und der Arbeiter- und Angestelltenvertretung statt. Nach den gegenseitigen Begründungen über die Notwendigkeit und Ablehnung, hatte der Demobilisierungskommissar dahin entschieden, die Frage der Stillegung auf vier Wochen zu verschieben. Es wurde den Parteien anheimgestellt, weil 10 Postwagen des Eisenbahnministeriums zur Vergebung stehen, sich während dieser Zeit an die massgebenden Behörden zwecks Gewährung des Auftrages zu wenden. Inwieweit diesem Rechnung getragen wird, steht noch nicht fest. Die Direktion hat sich bereits in dieser Angelegenheit nach Warschau begeben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass

die Arbeiter- und Angestelltenvertretung sich gleichfalls an das Eisenbahnministerium wenden wird.

Von 537 Gekündigten sollen 23 Mann zur Entlassung kommen.

Mit dem Jahresbeginn hatte die Verwaltung der Königshütte 537 Arbeitern aus den verschiedenen Betrieben das Arbeitsverhältnis gekündigt. Dieser Tage hat der Demo an Ort und Stelle eine Besichtigung der Anlagen vorgenommen. Nach der Inaugenscheinnahme wurde in einer darauffolgenden Verhandlung die Genehmigung von nur 23 Mann zur Entlassung mit dem 31. Januar erteilt. Der verbliebene grössere Teil muss weiter beschäftigt werden. Wie man hört, sollen, wenn keine grösseren Aufträge eingehen, weitere Kündigungen in der nächsten Zeit ausgesprochen werden.

Die volle Beschäftigung lässt wieder nach.

Mit dem Eintreten des vorzeitigen strengen Winters hat sich die Arbeitslage durch die grossen Kohlenbestellungen stark gebessert. Fasst alle Gruben haben sämtliche Schichten einige Monate verfahren, verschiedene sogar Ueberschichten eingelegt. Nun scheint dieser Höhepunkt überschritten zu sein, denn neben anderen Gruben wurde dieser Tage die erste Feierschicht auf den Schächten der Skarboferne eingelegt. Wie verlautet, werden in der kommenden Zeit weitere Feierschichten eingeführt, wodurch wieder eine beträchtliche Schmälerung des Verdienstes der Arbeiterschaft eintreten wird.

Deutsches Theater. In der nächsten Woche wird ausnahmsweise am Dienstag gespielt. Zur Aufführung kommt die Operette „Die glückliche Reise“ von Künnecke. Vorverkauf an der Theaterkasse im Hotel Graf Reden von 10—12.30 und von 16.30—18.30 Uhr. Tel. 150.

Aus Siemianowitz und Umgebung

Bevölkerungsstatistik der Stadt Siemianowitz. Siemianowitz zählte am 1. Januar d. J. 38.383 Einwohner, das ist 556 Einwohner mehr, als im vergangenen Jahre. Davon entfallen auf das männliche 19.558, das weibliche Geschlecht 18.825 Personen. Nach Bekenntnissen geordnet sind 36.361 Katholiken, 1717 evangelisch, 153 Juden und 61 Andersgläubige.

Deutsche Theatergemeinde Königshütte

Telefon 150 Hotel Graf Reden Telefon 150

Dienstag, 30. Januar 1934 abends 8 Uhr	Glückliche Reise Operette von Künnecke
Donnerstag, 8. Februar abends 8 Uhr	Im Abonnement Frau Inger auf Destrif Schauspiel von Henrik Ibsen
Donnerstag, 15. Februar abends 8 Uhr	Im Abonnement Die lustige Witwe Operette von Lehar

Aus Bielitz, Biala und Umgebung

Opfer der masslosen Antreiberei

Montag, den 22. d. Mts. ereignete sich in der Dreherei der Firma Josephy ein Unfall, durch welchen ein Eisendreher 2 Finger der rechten Hand und zwar den Mittelfinger und Goldfinger einbüsste. Dieser Unfall ist meistens auf die masslose Antreiberei zurückzuführen. Dabei ist die Antreiberei so raffiniert eingerichtet, dass sich der Arbeiter selbst antreiben muss. Die Akkordsätze werden nämlich so niedrig bemessen, dass der Arbeiter die allergrössten Anstrengungen machen muss, wenn er auf einen nur halbwegs auskömmlichen Lohn herauskommen will. (Es gibt ausgelernte Dreher, die bei diesen Akkordsätzen kaum 30 bis 40 Groschen die Stunde verdienen). Wunder, wenn Unfälle vorkommen.

Bei der Firma Josephy herrscht gegenwärtig eine gute Konjunktur. Eisendreher werden gesucht. Warum zahlt denn die Firma nicht bessere Löhne?

Die vielen Angestellten wollen ihre Unentbehrlichkeit damit dokumentieren, dass sie nur unermüdet darüber grübeln, wie man aus dem Arbeiter noch mehr Profit herauspressen könnte. Bei dieser Antreiberei muss natürlich auch der junge Mitcheff Herr Weinschenk dabei sein. Die traurigste Erscheinung im Betriebe Josephy ist die, dass jeder der wenig Fachkenntnisse besitzt, den Mangel der Fachkenntnisse durch masslose Antreiberei ersetzen will.

Ueber den Betrieb Josephy wäre noch sehr viel zu berichten doch wollen wir uns vorläufig mit obigem begnügen.

Der Arbeiterschaft dieser Firma wäre aber sehr zu empfehlen sich um die Organisation mehr zu kümmern. Wenn heute solch traurige Zustände im Betriebe vorherrschen, so sind daran grösstenteils die Arbeiter selbst schuld.

Darum erinnern wir die indifferenten Arbeiter an folgenden Spruch:

Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten.
Nicht kämpft es sich schlecht, für Freiheit und Recht.

Mehr Pünktlichkeit. Die Arbeitslosen beschwerten sich, dass sie bei der Auszahlung der Unterstützungen ungebührlich lange warten müssen. Bei der letzten Zahlung haben sich die auszahlenden Beamten um über 1½ Stunden verspätet, was die Arbeitslosen recht unangenehm zu spüren bekommen haben. In den Wintermonaten sollte doch amtlicherseits alles getan werden, damit den Armen ihr trauriges Los nach Möglichkeit gemildert wird.

Die Arbeitslosen sollen die Mittagssportionen bezahlen. Wie verlautet, sollen die Arbeitslosen, welche ihre Mittagssportionen aus der Arbeitslosenküche holen, diese mit 10 Groschen bezahlen. Woher diese das Geld bei der kargen Unterstützung hernehmen sollen, wissen sie selbst nicht. — Doch die Stadt hat eben keine Mittel mehr für diese Zwecke.

Kohle für die ehemaligen Hüttenarbeiter. Die Verwaltung der Laurahütte hat an ihre früheren Arbeiter Bons auf Kohlen verteilt; und zwar kommt auf jeden Empfangsberechtigten 20 Ctr. Staubkohle.

Hast Du schon eine Einladung? Zu dem grossen Maskenfest der freien Sänger am 10. Februar sind noch eine beschränkte Anzahl von Einladungen bei den Vereinsmitgliedern vorrätig. Ein jeder beile sich, um diese grosse Veranstaltung mitzumachen.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Arbeiter-Sängerbund in Polen.

Generalversammlung. Am Sonntag, den 4. Februar d. J. findet im Centralhotel um 9 Uhr vormittag die Generalversammlung des deutschen Arbeitersängerbundes statt. Tagesordnung laut Statut. Die Delegationen richten sich nach dem Bundesstatut. Desgleichen können weitere Delegierte nach den Richtlinien der letzten Generalversammlung entsandt werden.

Kattowitz. (Holzarbeiter). Sonntag, den 4. Februar. 10 Uhr vormittags im Central-Hotel findet die diesjährige Generalversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen mit Mitgliedsbuch ist Pflicht.

Kattowitz. (Metallarbeiter). Unsere diesjährige Generalversammlung findet am Freitag, den 2. Februar d. J. vormittags 9½ Uhr im Saale des Central-Hotels statt. Volles und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Billige Einkaufsquellen

Wir empfehlen unseren geschätzten Abonnenten und Mitgliedern, bei ihren Einkäufen in erster Linie die bei uns inserierenden Firmen zu bevorzugen.

„Textyl“ Katowice, Rynek 5. Ecke Zamkowa und 3-go Maia 8 und 10, bietet Ihnen eine grosse Auswahl in Damen und Herrenstoffen, Seiden, Leinen, Baumwollwaren wie auch elegante Damenmäntel und Kleider nach neuesten Wiener und Pariser Modellen. Solide Bedienung, billige Preise.

Vom Tage. Als Laapipi, seines Zeichens nach Eskimohäuptling, sein Residenzdorf kontrollieren ging, wurde er von dem Postflugzeug, dass über dem weissen Meer hin und her pendelte, überrascht. Man brachte ihm die eingelaufene Post, über die er sich sofort stürzte. Bei Anblick einer Karte nahmen seine Züge einen verklärten Glanz an, und Laapipi erteilte sofort seine Anordnungen. Alle männlichen Bewohner seines Dorfes zogen sich in Matrosenkleider um, und... so wird es kommen, dass diese hohen Gäste am Turnermaskenball unter der Führung Laapipis anwesend sein werden. Achtung! am 1. Februar um 8 Uhr abends in den Arbeiterheimlokalitäten.

Alexanderfeld. (Für die Naturfreunde). Am Donnerstag, den 1. Februar l. J. findet um 7 Uhr abends im Arbeiterheim Alexanderfeld die fällige Vorstands-Sitzung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert bestimmtes Erscheinen.

Generalversammlung des österreichischen Hilfsvereins. Am 24. Februar 1934 (Samstag) findet die vorgeschriebene Generalversammlung im Saale Viribus Unitis Pilsudskistrasse 7, mit Beginn 20 Uhr statt, zu welcher alle ordentlichen und unterstützenden, als auch Ehrenmitglieder höflichst eingeladen werden. Etwaige Anträge hierzu sind laut Statuten 8 Tage vorher schriftlich einzusenden.

Zur selben Zeit findet vorher die Beteiligung der Notleidenden mit der I. Winterhilfe 1934 statt. Bewerber hierzu haben sich bis längstens 17. Februar d. J. unter Angabe ihrer Mitgliedsnummer, Dauer ihrer Mitgliedschaft, Alter, Stand (Kinder) und Nachweis der Hilfsbedürftigkeit etc. entweder schriftlich oder mündlich im Kanzleramt des österr. Konsulates, Bielsko, Blichowa 27, bei Herrn Hugo Semler anzumelden.

Es ergeht das Ersuchen jenen, denen die Verlautbarung durch die Presse nicht zugänglich ist, von Mund zu Mund verständigen zu wollen.

Der Vorstand.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen
Bezirk Oberschlesien Katowice, Dworcowa 11 Schriftleitung
Johann Kowoll für den Inhalt und Inserate verantwortlich
Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa“ Spółdz. z odp. udz., Katowice